

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die "Volkstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Ernst Wittmann, Magdeburg. — Verantwortlich für den Inhalt: Willi Plamhoff, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Plamhoff & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 2. — Fernsprechnr. 1111. — Abonnement für die Redaktion 1794, für den Verlag und die Druckerei 961. — Zeitungspostamt Nr. 416.

Bezugspreis: Vierteljährlich 3.75 Mk., monatlich 1.25 Mk. Bei den Abholern vom Verlag und den Ausgabestellen vierteljährlich 2.45 Mk., monatlich 1.15 Mk. Bei den Postämtern vierteljährlich 3.75 Mk., monatlich 1.25 Mk. ohne Beleggeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Anzeigengebühr: die vierteljährliche Kolonnenzeile 25 Pf. Anzeigen von auswärts 35 Pf., im Fernverkehr 50 Pf. — Anzeigen-Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postfachkonto: Nr. 5253 Berlin.

Nr. 42.

Magdeburg, Dienstag den 19. Februar 1918.

29. Jahrgang.

Der östliche Knoten.

Vor genau einer Woche wehten die Flaggen in den Straßen der deutschen Städte und Dörfer: der Friede mit Rußland wurde bejubelt. Heute wird bekannt, daß der Waffenstillstandsvertrag abgelaufen ist, daß der Krieg also unter Umständen fortgesetzt werden wird, mindestens fortgesetzt werden kann. Dem deutschen Volke war nur die Mitteilung der einen, der russischen Seite übermittelt worden. Die Antwort der deutschen Delegation war unvorstellbar worden. Das deutsche Volk trifft keine Schuld, wenn es sich einem Irrwahn hingab.

Vor einer Woche zweifelten wenige Menschen in Deutschland an dem Bestand des Friedens mit der Ukraine. Heute wird dem deutschen Volk ein Hilferuf der Rada unterbreitet, die sich außerstande sieht, dem Friedensvertrag Geltung zu verschaffen.

Vor einer Woche standen die Dinge mit den Polen nach offizieller Versicherung gut. Der Friede mit der Ukraine, der das Cholmer Land der neuen Republik zugesprochen, hat die Polen in die äußerste Segnerschaft gedrängt. Das Mitteleuropa mit Polen im Bunde verschwimmt am Horizont.

Eine Woche hat genügt, um das ganze Netz von Verwicklungen und managen, das über dem Osten zu wehen, von den wundenlangen Verhandlungen, in nichts geblieben wie verwehter Birrwarr, verstärktes Durcheinander, ein ärger verwickelter Knoten.

Im Osten sollte der Friede kommen. Statt dessen stehen wir vor zwei neuen Kriegen: dem gegen Großrußland und dem für die Ukraine, wenn ihr Hilferuf erhört wird. Außerdem wird sich jetzt Rumänien nicht heilen, mit den Verhandlungen zu beginnen.

Anstatt Entspannung neue Verstrickungen; anstatt Friede neue Kriegsmöglichkeiten; anstatt Sprengung der Entente Ketten neue Verknüpfung und Befestigung.

Wie ist das alles gekommen, und welche innern Triebfedern sind für die Publizisten bloßzulegen, die die neue Wendung gierig ausnutzen?

Rußland hat durch den Mund seiner bolschewistischen Machthaber erklärt, daß es den Kriegszustand als beendet ansieht, und daß es daher die Abrüstung seines Heeres verfügt. Das war nur eine einseitige Erklärung Rußlands. Deutschland hat nichts erklärt, sich zu nichts verpflichtet. Es steht ihm daher frei, den Krieg fortzusetzen und seine Heere gegen Petersburg oder Moskau marschieren zu lassen.

Ob das beabsichtigt wird, wissen wir nicht. Am liebsten wird lediglich bekanntgegeben, daß der

Waffenstillstand abgelaufen

ist, und zwar am Montag den 18. Februar, mittags 12 Uhr. Die Feindseligkeiten können also wieder beginnen. Der Ablauf der Waffenstillstandsfrist wird mit insamer Rote begründet:

In seiner bekannten Erklärung vom 10. Februar hat Herr Trotski zwar für Rußland die Beendigung des Kriegszustandes und die Demobilisierung verkündet, zugleich aber die Unterzeichnung eines Friedensvertrags abgelehnt. Er hat sich geweigert, an einer ihm vorgeschlagenen Kommission, in der ihm die Entschickungen des Bundes mitgeteilt werden sollten, teilzunehmen, und hat die Verhandlungen abgebrochen.

Durch die einseitige russische Erklärung ist selbstverständlich der Kriegszustand nicht beendet und der Friedenszustand nicht an seine Stelle gesetzt worden. Vielmehr hat die Weigerung, einen Friedensvertrag zu unterzeichnen, die Herstellung des Friedens unmöglich gemacht. Gerade zur Herbeiführung eines Friedens aber war der Waffenstillstandsvertrag vom 15. Dezember 1917, wie der Vertrag in seiner Einleitung ausdrücklich hervorhebt, abgeschlossen worden. Mit dem Verzicht auf den Frieden hat daher das bolschewistische Rußland auch auf die Fortdauer des Waffenstillstandes verzichtet. Dieser Verzicht ist der Kündigung gleichzusetzen.

Die kaiserliche Regierung stellt hierauf fest, daß die Petersburger Regierung durch ihr Verhalten den Waffenstill-

stand tatsächlich gekündigt hat. Diese Kündigung ist als am 10. Februar erfolgt anzusehen. Die deutsche Regierung muß sich demgemäß nach Ablauf der vertraglich vorgesehenen 7tägigen Kündigungsfrist freie Hand nach jeder Richtung vorbehalten.

Die deutschen Imperialisten sehen all ihre reichen publizistischen Mittel in Bewegung, um diese "freie Hand" zu einem Vorstoß über die Düna hinweg nach Norden in der Richtung Petersburg zu bewegen. Nicht erst seit heute oder gestern, sondern schon seit zwei Wochen. Die bürgerliche Presse bearbeitet das Publikum mit

Grenzmeldungen aus Livland,

Estland und den benachbarten Gebieten. Dort sind die Deutschen schwer bedroht, sofern sie nicht schon massakriert sind. Sie flehen Deutschland um Hilfe an. Nebenher wollen wir bemerken, daß die dortigen "Deutschen", die unter dem Zarismus gar nicht daran dachten, sich als Deutsche zu fühlen, Großgrundbesitzer sind, und daß ihr Besitz durch die von der russischen Regierung verfügte Enteignung des Großgrundbesitzes allerdings bedroht ist.

Den massenhaften Grenzmeldungen stehen wir im übrigen mit dem äußersten Zweifel gegenüber. An erdichteten Grenzmeldungen hat jeder Tag des langen Krieges ein Uebermaß gebracht. Sie haben immer politische Zwecke auslösen sollen. Es ist ihnen meistens auch gelungen.

Erinnern wir uns doch, wie die Grenzmeldungen gegen die Deutschen von der Entente fruktifiziert worden sind und verfallen wir gegen die Bolschewiki nicht in denselben Fehler, den wir den Neutralen im Verhältnis zu den Deutschen bitter übergenommen haben. Gewiß wird es im Innern Rußlands stellenweise nicht sanft hergehen — das ist die Begleiterscheinung jeder gewalttätigen Umwälzung — aber von da bis zu den bluttriefenden Geschichten, die uns auf Kommando jetzt serviert werden, ist doch ein weiter Weg.

Die Imperialisten malen ferner die Gefahr aus, die Deutschland daraus erwachsen könnte, daß Rußland den Krieg beendet und seine Armee demobilisiert, daß es aber dafür die rote Garde anwirbt, die eines Tages über Deutschland herfallen kann. Auch hier werden politische Zwecke verfolgt. Denn in Wirklichkeit wissen diejenigen, die den Schrecken ausmalen, daß die russische Armee völlig kampfunfähig ist, daß die roten Garden nur in den innern Kämpfen Verwendung finden sollen, und daß vor allem — auch wenn die roten Garden gegen außen geführt werden sollten — die vollständige Zerrüttung der Kriegsindustrie schon jeden ernstlichen Kampf gegen Deutschland ausschließt.

Trotzdem machen die deutschen Imperialisten Stimmung für einen neuen Krieg gegen Rußland.

Aus welchen Motiven und mit welchen Zielen? Nicht nur aus Eroberungslust, sondern auch zur Gestaltung weitgreifender Pläne. Bis vor kurzem war Rußland der größte, mächtigste und darum gefährlichste Nachbar des deutschen Volkes auf dem europäischen Kontinent. Gelänge es, nicht nur die Ukraine, Polen, Litauen und Estland, sondern auch Livland, Estland und Finnland von Rußland loszureißen, so würde Rußland um mehr als die Hälfte seiner europäischen Bevölkerung verkleinert, es würde von der Ostsee ausgeschlossen, würde auf den Besitzstand, den es vor Peter dem Großen hatte, zurückgebracht, und es wäre vor allem überhaupt nicht mehr Deutschlands Nachbar, da eine ganze Reihe von Kleinstaaten zwischen Deutschland und Rußland eingeschoben würde. Es ist unbefreitbar, daß auf diese Weise die Nachstellung Deutschlands in Europa wesentlich verstärkt würde.

So verlockend dieser Plan einem Antizionisten erscheinen mag, er bedarf doch sehr ernstlicher Nachprüfung, ob er wirklich den dauernden Interessen des deutschen Volkes entspricht.

England und Amerika kämpfen vor allem dafür, daß kein festländischer Staat eine Vorherrschaft vor allen andern erlange. Denn nur das Gleichgewicht zwischen den Kräften auf dem Festland verbürgt den beiden angelas-

steten Staaten, daß sie als Schiedsrichter zwischen den festländischen Mächten immer das entscheidende Wort sprechen können. Die Zerstörung Rußlands würde nun das Kräfteverhältnis auf dem Festland wesentlich zugunsten Deutschlands verschieben. Dem werden England und Amerika erst dann zustimmen, wenn sie besiegt, zur Kapitulation gezwungen sind. Wer also nicht das Mittel angeben kann, durch dessen Anwendung wir England und vor allem Amerika auf die Knie zwingen können, wird den verlockenden Plan der völligen Zerstörung Rußlands kaum für durchführbar ansehen. Er wird ernsthaft von einem Plan abstrahieren müssen, der England und Amerika veranlassen wird, den Krieg so lange fortzusetzen, bis wir sie niederwerfen oder diesen Plan wieder aufgeben.

Indessen werden die deutschen Imperialisten allem entgegenhalten, das seien doch nur vorübergehende, augenblickliche Nachteile, die man um der großen deutschen Zukunft willen wohl auf sich nehmen könne. Sind aber die Zukunftsaussichten, die der neue Krieg gegen Rußland eröffnet, wirklich so glänzend? Man will zwischen Rußland und uns sechs oder sieben neue Kleinstaaten legen: Finnland, Estland, Livland, Lettland, Litauen, Polen, die Ukraine. Zwischen diesen Kleinstaaten werden die heftigsten Gegensätze entbrennen. Dafür gibt schon der Streit Polens mit der Ukraine um Cholm ein Beispiel. Die benachbarten Großmächte — Deutschland, Rußland und Oesterreich-Ungarn — werden daher einander den Einfluß in diesen Kleinstaaten streitig machen. Es ist sehr zu befürchten, daß auf diese Weise

ein zweiter Balkan geschaffen

werden wird, ein neuer Krisenherd, von dem aus der europäische Friede immer wieder bedroht werden wird.

Der Hilferuf der Ukraine gibt dafür schon ein lehrreiches Beispiel. Am 9. Februar wurde der Friede von den Vertretern der Rada unterzeichnet; am 16. Februar, genau eine Woche später, müssen dieselben Männer erklären, daß sie nicht die Macht haben, den Frieden durchzuführen. Sie rufen diejenigen ins Land, die bis dahin ihre Feinde waren, und sie rufen sie zu dem Zweck, um den entbrannten Bürgerkrieg zu ihren, der Rada, Gunsten zu beendigen. In dem Hilferuf "an das deutsche Volk" lautet der letzte Abschnitt:

Wir sehen die Früchte unserer jungen Revolution in Gefahr und müssen für unsere kaum errungene Freiheit fürchten. Ständige Zusammenstoße mit den russischen Banden finden täglich statt. In Wolhynien und an anderen Punkten sammeln wir neue Kräfte, um uns den immer neu von Norden einbringenden Heeren entgegenzustellen. In diesem harten Kampf um unsere Existenz sehen wir uns nach Beistand um. Wir sind tief überzeugt davon, daß das freie und ordnungsliebende deutsche Volk nicht gleichgültig bleiben wird, wenn es von unserer Not erfährt. Das deutsche Heer, das in der Hand unseres nördlichen Feindes steht, besitzt die Macht, uns zu helfen und durch sein Eingreifen unsere nördlichen Grenzen vor dem weiteren Eindringen des Feindes zu schützen.

Als die Friedensabmachung mit der Ukraine im Werden war, wurde das deutsche Publikum von der bürgerlichen Presse durch viele Telegramme und Notizen überzeugt, daß die Rada in Kiew die Macht sei in der Hand habe und daß daher ein Friedensschluß mit dieser Regierung bestenfalls möglich sei. Wir haben damals vor dieser Stimmungsmache gewarnt, aber die Warnung verfiel nicht, denn was vermag eine Stimme gegen deren Hundert. Jetzt, eine Woche nach Abschluß, stellt sich heraus, daß wir, die wir nicht über die Informationsquellen der deutschen Unterhändler verfügen, die Lage und die Kräfteverhältnisse in der Ukraine richtiger beurteilt haben als die Diplomaten, die den Dingen räumlich weit näher standen. Dennoch ist die bürgerliche Presse auf die offiziösen Meldungen kritiklos hineingefallen; jetzt wiederholt sich dasselbe Schauspiel bei den Grenzmeldungen aus den russischen Ostprovinzen. Und das liebe urteilslose Publikum trotzt immer den traurigsten Fiktionen seiner Zeitungen.

Es betet auch jetzt die Argumente der Eroberungspolitiker nach. Es hat immer noch nicht begriffen, daß gegen Deutschland eine Verbindung aller Mächte der Welt sich vereinigt hat und daß dadurch die politischen Wege vorgezeichnet werden. Diese Koalition zu sprengen, nicht sie zusammenzuschweißen, muß die wichtigste und ausschlaggebende Aufgabe der deutschen Politik bilden. Denn Deutschland kann nicht ewig ein

von der ganzen Welt belagertes Gebiet bleiben. Deutschland muß sich also entweder mit den

Westmächten oder mit Rußland zu versöhnen suchen. Ein Freundschaftsbund mit Frankreich und England wird noch lange nicht erreichbar sein; dazu ist die Konkurrenz und der Deutschhaß viel zu stark. Mit Rußland könnte sich Deutschland viel leichter verständigen.

Das kann aber doch nicht unser Ziel sein. Nicht einmal das Ziel eines noch so brennenden Eroberungspolitikers. Deshalb muß das östliche Welt, das völlig verfahren worden ist, aufs neue in Angriff genommen werden. Auf Grund des vollen Selbstbestimmungsrechts der betroffenen Völker, nicht auf Grund der deutschen Interpretation

dieses Rechtes. Ein anderes Mittel gibt es nicht. Deshalb muß dieses Mittel angewandt werden.

Der östliche Knoten läßt sich mit dem Schwerte nicht durchhauen, ohne Wunden zu hinterlassen und die deutschen Interessen zu schädigen. Er muß daher entwirrt werden durch die Mittel der Demokratie und der vollen Selbstbestimmung der Randvölker.

Das Werk von Brest-Litowsk ist verban. Es muß von neuem auf besserer Basis begonnen werden. —

Die „vierte Teilung Polens“

Der Friedensschluß mit der Ukraine hat die größte Erbitterung bei den Polen hervorgerufen. Der Friedensvertrag setzt auch die Grenze zwischen der Ukraine und dem neuen polnischen Staat fest und weist der Ukraine Gebiete zu, die historisch zu Kongreß-Polen gehören. Darüber sind die Polen erbittert. Sie klagen, der Friedensvertrag sei die „vierte Teilung Polens“. Der Polenklub im österreichischen Parlament hat erklärt, daß er in die schärfste Opposition übergehe. Dadurch wird für den Ministerpräsidenten v. Seidler die Schwierigkeit, eine Mehrheit für sein Budgetprovisorium zu finden, wesentlich vergrößert. Auch in Warschau, Lemberg und Lublin fehlt es an Protesten nicht.

Andererseits feiert die ukrainische Staba den Vertrag mit den Mittelmächten als einen Sieg. Kann sie doch darauf verweisen, daß die Mittelmächte ihr nicht nur die besetzten Teile Wolhyniens und Weißrußlands, sondern auch einen Teil Kongreß-Polens räumen werden. So sind die Mittelmächte mit einem Mal in den polnisch-ukrainischen Grenzstreit hineingezerrt.

Nach dem Friedensvertrag fallen die folgenden Bezirke des Königreichs Polen an die Ukraine:

Son je 100 Einwohnern sind

Bezirke	Bevölkerung Tausende	Polen	Ruthenen u. Russen	Deutsche	Juden
Cholm	188	35	37	15	13
Starobjelzsko	147	26	56	1	17
Wielka	97	18	58	—	27
Sanktandras	85	32	52	1	14
Wloclaw	125	22	53	5	21

In vier Bezirken haben die Ukrainer also die absolute Mehrheit; in einem Bezirk besitzen sie die relative Mehrheit. Die Polen haben daher auf diese Bezirke ebensowenig Anspruch wie etwa die Deutschen auf Deutschböhmen.

Überdies gibt der Friedensvertrag der Ukraine auch noch Teile einiger anderer Bezirke, in denen die Mehrheit der Bevölkerung polnisch ist. Die neue Grenze zwischen Polen und der Ukraine durchschneidet nämlich folgende Bezirke:

Son je 100 Einwohnern sind

Bezirke	Bevölkerung Tausende	Polen	Ruthenen u. Russen	Deutsche	Juden
Bilgoraj	126	64	26	—	10
Krasnosielzsko	136	84	5	—	11
Radzyn	109	65	16	1	18
Sokolow	88	51	4	—	15

In diesen Bezirken ist also eine Minderheit der Bevölkerung ukrainisch. Aber es sollen auch nur Teile dieser Bezirke an die Ukraine fallen. Die Polen dürfen mit Recht fordern, daß die Staatsgrenze tunlichst mit der Sprachgrenze zusammenfalle; daß also nur die ukrainischen, nicht auch die polnischen Dörfer dieser Bezirke zur Ukraine geschlagen werden. Wenn diese Forderung erfüllt wird — der Friedensvertrag sieht ja die definitive Detailabgrenzung durch eine gemischte Kommission vor und verlangt von dieser Kommission die Berücksichtigung der ethnographischen Verhältnisse —, haben die Polen keinen gerechten Grund zur Klage, so weit die Abgrenzung selbst in Frage kommt, nicht ihr Zustandekommen.

Die neue Abgrenzung Polens hat übrigens eine Vorgeschichte. Schon einige Jahre vor dem Kriege hat nämlich die russische Regierung die von Ukrainern bewohnten Gebiete von dem Königreich Polen abgetrennt und sie zu dem Gouvernement Cholm vereinigt. Damals haben die Polen mit Recht geklagt. Denn die Abtrennung dieser Gebiete von Polen bewirkte damals, daß in ihnen alle jene Rechtsbeschränkungen für die Polen eintraten, die das alte Regime in Rußland den Polen außerhalb des Königreichs auferlegte, also insbesondere das Verbot des Erwerbs von Liegenschaften, das Verbot des polnischen Unterrichts usw. Heute haben die Polen nicht zu befürchten, daß die polnische Minderheit des abgetrennten Gebiets einem ihr feindlichen Sonderrecht unterworfen werden wird. Die demokratische Ukraine, die in ihrem ganzen Gebiet sehr bedeutende polnische Minderheiten einschließt, wird die Polen nicht mißhandeln können. Und für den jungen polnischen Staat ist es sicherlich nur vorteilhaft, wenn er nicht von der Stunde seiner Geburt an allzuviel volksfremde Elemente einschließt; die historische Grenze würde ihm nichts bringen als eine ukrainische Fremde.

Trotz alledem aber ist die Aufregung der Polen nicht ganz unbegrifflich. Zum Teil hat sie ja sicherlich ihren Grund in der Furcht des polnischen Großgrundbesitzes, dessen Eigentum in den abgetrennten Gebieten der Expropriation durch das ukrainische Bauernvolk verfallen wird. Aber darüber hinaus ist sie doch auch begründet in dem begreiflicher Weise für jeden Polen schmerzlichen Gefühl, daß beim Friedensschluß und seiner Vorbereitung das polnische Volk und seine einstweilige Regierung vollkommen ausgeschaltet wurde, daß die Grenze, die doch nicht allein die Grenze der Ukraine, sondern ebenso auch die Grenze Polens, festgesetzt wurde, ohne daß die Polen dabei auch nur gefragt worden wären, geschweige denn, daß man sich um ihre Zustimmung und Anerkennung beworben hätte.

Die polnische Regierung war in Brest-Litowsk nicht vertreten. Wir geben zu, durch Umstände, die außerhalb des Willens der Mittelmächte lagen. Zwar hat Rußlands revolutionäre Regierung die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit Polens voll anerkannt, aber sie erkannte nicht eine polnische Regierung an, die auf keinem Volkswillen fundiert ist, die ihr Dasein nur dem Willen und der Gunst des Eroberers dankt. Vielleicht hätte sich, um den Polen die berechnete Vertretung zu ermöglichen, ein Ausweg gefunden. Indessen kam die Vereinbarung mit der Ukraine gleichsam über Nacht und die Polen müssen sich, da mit ihr auch große Interessen ihrer Zukunft verflochten sind, nun geradezu nullifiziert fühlen.

Dem Grundsatze von dem Selbstbestimmungsrechte der Völker scheint diese Vereinbarung, soweit polnisches Land in Frage kommt, wenig zu entsprechen. Das mindeste, das zu erwarten war, wäre gewesen, daß mit den Polen, wenn sie schon nicht unmittelbar mitwirkten, doch irgendein Einvernehmen hergestellt worden wäre. Der Stachel, daß dies unterlassen wurde, daß dies nicht als nötig erachtet worden ist, sitzt nun den Polen im Leib und erklärt die Erbitterung, die sich in allen Punkten Luft macht.

Hier ist offenbar ein schweres Versäumnis, ein unzweifelhafter Fehler geschehen. Die Mittelmächte haben allen Anlaß, an seine Gutmachung mit Ernst und mit aller gebotenen Beschleunigung heranzutreten. —

Was der Krieg bringt.

29000 Tonnen.

Wichtig wird gemeldet: In wechlichen Mittelmeer wurden vier leuchtende Dampfer und zwei Segler mit rund 29000 Metallgegenständen vertrieben. Hierbei wurden hauptsächlich italienische Reichertum geschloß, die dabei drei Dampfer und zwei Segler verlor, und zwei die Dampfer „Pardis“ (248 Tonnen) mit Sprengstoff und „Sperma“ (500 Tonnen) und ein unbekannter italienischer Dampfer von etwa 3000 Tonnen, sowie die Segler „Gemma“ (1000) und „Agathe“ (1000) mit Geschützen. Der vierte leuchtende Dampfer war der englische Erprobungsversuchsdampfer „Menschikov“ (1328 Tonnen), von dem zehn Gefangene eingeschleppt wurden.

Auf dem westlichen Kriegsschauplatz wurden von unseren U-Booten sechs Dampfer versenkt, darunter zwei mittelgroße Tauchdampfer, fünf unter der englischen Flagge. —

Aus Rußland.

Die deutsche Kommission für die Kommission der deutschen Obersten Ombudsman haben Erklärung am Freitag verlesen und aus demselben auf den Krieg die deutsche Seite verlesen. —

Nach der Front.

Das Meer wird gemeldet: Die deutsche Flotte in England, und ganz speziell in Portsmouth, hat sich der deutschen Flotte gegenüber verhalten, die unter Führung des Kommandanten von der Flotte in Portsmouth befindliche Kommando zeitweilig abgelenkt. Die Kommando hat heute die deutschen Flotte in Portsmouth verhalten und berichtet, daß auf der Seite der Flotte, welche die Sicherheitsverhältnisse in Portsmouth abgelenkt, sich die Kommission nicht haben zurückgeben. —

Schiffverkehr.

Ein Schiff der britischen Flotte ist für das Gebiet der britischen Flotte im Gregorianischen Kalender ein. Die erste Schiffsfahrt beginnt mit dem 1. Januar d. St., der als 11. Januar gilt. —

In russischer Festung.

Ein Bericht in der Peter-Paul-Festung schließt die Peter-Paul-Festung des Pariser „Matin“:

In Gesellschaft von drei tschechischen Herren, Grinland, Tischen und Högland, wurde ich die Peter-Paul-Festung betreten und mich mit den Gefangenen unterhalten, die an 60 Mann zählen. Das Gefängnis ist elektrisch beleuchtet, die Zellen sind grünlich, sauber und so lustig wie die Zimmer in den besten Gassen von Petersburg. Die Gefangenen genießen alle möglichen Freiheiten. Sie können nach Belieben aufstehen, schlafen gehen, ihre eigenen Kleider tragen, Besuche empfangen und Bücher empfangen, ohne daß die Aufsicht einschreitet. Wir konnten Engholmski sprechen, der unter Kerenski wegen Hochverrats verurteilt worden war und den man jetzt als einen der Urheber des Krieges betrachtet. Er sitzt nun schon 3 Jahre im Gefängnis. Er hat mir berichtet, daß die Behandlung jetzt besser wäre als unter dem Jaren, und selbst unter Kerenski. Nachdem wir ihn verabschiedet, wurde ich und die übrigen zu empfangen. Jetzt kann er seine Frau alle Tage sehen. Und er hat bereits 150 Bücher ausgelesen. Mit der Zeit ist der Optimismus sehr gestiegen. Er gibt mir ein Stück Brot, das mir sehr dankbar ist, er scheint als das, was wir uns sonst in Petersburg verschaffen können. Angehörig seiner Nachbarn erzählt er demselben am Tag vor.

Engholmski meinte: „Nach meinen politischen Anschauungen gehe ich zu den Sozialisten. Aber ich habe doch den Tag begrüßt, als die Bolschewiki zur Macht kamen. Ich bin ja nur der Eubandant für viele andere Anwälte des alten Regimes. Auch meine menschlichen Überzeugung glaube ich nicht, daß der Sozialismus nicht anerkennen kann. Die alte Welt ist vollkommen zusammengebrochen. Wo soll das Heil herkommen? Gerade kein ich selber ein Punkt. Mein ganzes Vermögen hat man mir beschlagnahmt.“

Dann trafen wir den Sozialistenminister Kuffentien, das Mitglied der russischen parlamentarischen Regierung. Er war freundlich und sprach mit uns auf deutsch. Er hofft, daß er am nächsten internationalen Sozialistenkongress teilnehmen wird. Weiter haben wir uns mit dem Minister Tereski, der auf ein großes Verlangen ist. Er greift mich an und hat einen Eubandanten mit mir für eine Besprechung für Rußland, sondern auch für die ganze Welt. Und schließlich ist er ein Gegner des Eubandanten. Er war

bekanntlich Teilnehmer an dem Komplott gegen Kasputin. Er erklärt: „Zehn Jahre später wird der Krieg zwischen Rußland und Deutschland aufs neue ausbrechen.“ —

Berliner Streikurteile.

Die drei außerordentlichen Kriegsgerichte in Berlin waren am Freitag wieder mit einer ganzen Anzahl von Fällen beschäftigt. Wegen versuchten Landesverrats war der Arbeiter Karl Ibe angeklagt. Dieser war in der Flugzeugmeisterei in Adlershof beschäftigt, wo am 31. Januar eine große Zahl von Arbeitern in den Ausstand trat. Der Angeklagte war dort Vertrauensmann des Konsumvereins und soll einen andern Arbeiter, der nicht streiken wollte, dazu haben überreden wollen, indem er ihm ein Flugblatt, das von der Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie unterzeichnet war, zum Lesen und zur Nachahmung übergab. Der Richter der Anklage hielt durch die Beweisführung für das Gegenteil, daß der Angeklagte zu den gefährlichen Elementen gehöre, die für den Streik verantwortlich seien, und beantragte ein Jahr Zuchthaus. Das Gericht meinte an, daß der Angeklagte nicht bloß aus idealer Friedensliebe, sondern zum Zweck des Ausstandes gewirkt habe und verurteilte, da es sich nur um den Versuch des Landesverrats handelte, den Angeklagten zu 6 Monaten Zuchthaus, die in 9 Monate Gefängnis umgewandelt wurden.

Unmittelbar vor den Fenstern des Polizeigebäudes am Alexanderplatz hatte sich eine erregte Szene abgespielt, die den Kommandanten Smolitski und die Arbeiter Gardeop und Gochim vor das Kriegsgericht am Landgericht 1 führte. Sie waren wegen Mißhandlung, der letzte auch wegen Transportgehindung angeklagt. Gochim wurde von einem Schutzmann festgenommen, weil er verdächtig war, die Leine der Konstruktions eines Straßenschildes zu zerstören zu haben. Gardeop hatte versucht, ihn zu befreien, und als in dem Tumult auch der erste Angeklagte festgenommen werden sollte, schlug dieser mit einem Knüttel nach dem Schutzmann, doch wurde der Schlag von einem dritten Schutzmann aufgefangen. Da jedoch der erste, als der dritte Angeklagte anerkennende Leute sind, hielt das Gericht bei dem ersten 3 Monate, bei dem dritten 6 Monate Gefängnis für ausreichend. Von der Anklage der Transportgehindung wurde Gochim freigesprochen, Gardeop wegen versuchter Gefangenensbefreiung zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. —

Die Reichstagswahlrechtsreform.

Aus dem Entwurf eines Gesetzes über die Zusammenfassung des Reichstags und die Verhältniswahl in großen Reichstagswahlkreisen, der am 16. Februar die Zustimmung des Bundesrats gefunden hat und nunmehr dem Reichstag zugeht, werden folgende Bestimmungen auf allgemeines Interesse stoßen:

Die Zahl der Mitglieder des Reichstags wird auf 441 erhöht. Die Stadtgebiete von Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., München und Dresden sowie das hamburgische Staatsgebiet bilden je einen Wahlkreis. Außerdem werden Proporz-Wahlkreise gebildet für Köln, Düsseldorf, Elberfeld, Essen, Duisburg, Hannover, Leipzig und Stuttgart. Ferner gilt das Verhältniswahlverfahren für die Wahlkreise Niederbarnim, Teltow, Köpenick, Hinderburg, Kiel, Neudorf, Bochum, Dortmund, Nürnberg, Chemnitz, Mannheim und Bremen. Berlin wählt 10, Teltow 7, Hamburg 5, Bochum und Leipzig je 4, Köln, Breslau, Duisburg, Dortmund, Essen, Niederbarnim, München und Dresden je 3 Abgeordnete, die übrigen genannten je 2.

Die Wahlvorschlüsse müssen mindestens von 25 im Wahlkreis zur Ausübung der Wahl berechtigten Personen unterzeichnet sein. Sie dürfen höchstens zwei Namen mehr enthalten, als Abgeordnete im Wahlkreis zu wählen sind. Eine sehr wichtige Bestimmung geht dahin, daß mehrere Wahlvorschlüsse miteinander verbunden werden können. Verbundene Wahlvorschlüsse dürfen nur gemeinschaftlich zurückgenommen werden. Sie gelten den andern Wahlvorschlüssen gegenüber als ein Wahlvorschlag. Die Abgeordnetenliste werden auf die Wahlvorschlüsse nach dem Verhältnis der ermittelten Stimmen verteilt. Hierzu werden die Stimmenzahlen nacheinander durch 1, 2, 3, 4 usw. geteilt und von den dabei sich ergebenden Teilzahlen so viele Höchstzahlen der Größe nach ausgesondert, wie Abgeordnete zu wählen sind. Jeder Wahlvorschlag erhält so viel Abgeordnetenstimmen, wie auf ihn Höchstzahlen entfallen. Verbundene Wahlvorschlüsse werden mit der Gesamtzahl der ermittelten Stimmen als ein Wahlvorschlag in Rechnung gestellt. Die ihnen zukommenden Sitze werden auf die einzelnen Wahlvorschlüsse verteilt, wie eben beschrieben.

Bei dieser Reform kann es sich natürlich nur um eine Teilreform handeln, der früher oder später die völlige Neueinteilung der Wahlkreise folgen muß. Hat sich dann, wie zu erwarten, die Verhältniswahl für die einzelnen jetzt in Ausübung genommenen Kreise bewährt, so wird sich ihrer Einführung für das ganze Reich nichts in den Weg stellen können.

Wahlrecht und Belohnung.

Der ungarische Reaktionär Graf Tisza hat ein Wort gesprochen, das auch seinen preussischen Gesinnungsgenossen sehr gefallen wird: Dem „wahren Soldaten“ schwebt beim Kämpfen nicht das Wahlrecht als eine Belohnung vor.

Das Wahlrecht keine Belohnung für Vaterlandstätigkeit! Niemand hat es als solche verlangt. Aber die Moral der Rückschrittlert läßt sich etwa durch folgende Parabel ausdrücken: Ein reicher Mann schuldet einem Armen eine Geldsumme, zahlt sie aber nicht, sondern weiß durch geschickte Advokaten den Prozeß endlos hinauszuschleppen. Da fällt eines Tages das Kind des reichen Mannes ins Wasser. Der Arme rettet es unter Lebensgefahr, ohne mit der Wimper zu zucken. Diegerühmt erklart jetzt der Reiche: „Ich weiß, daß der wahre Lebensretter bei seiner Tat nur den edeln Zweck, nicht eine Belohnung im Auge hat. Es wäre daher eine Beleidigung, wollte ich Dir das Geld jetzt ohne weiteres zahlen, um das Du mich seit Jahren verlagst hast. Keinen Pfennig rüde ich heraus. Lebe wohl, edler Mann und Retter meines Kindes, prozessiere weiter!“

Das ist die Moral des Grafen Tisza und der preussischen Konserwativen.

„Nicht genug zu essen“.

Unter der Ueberschrift „Nicht genug zu essen“ bringt die Londoner „Nation“ vom 5. Januar 1918 einen Artikel, der sich mit der Nahrungsmittelknappheit in England beschäftigt. Sie schreibt:

„Mit jedem weiteren Kriegsmonat wird die Vollverweigerung gegen die Regierung wachsen. Der Grund hierfür ist, daß die Regierung nicht imstande ist, das Verlangen des Volkes nach einer genügenden und gerechten Verteilung der Nahrungsmittel zu befriedigen. Wir sind erst am Anfang der Schwierigkeiten. Sie treten dramatisch auf in den Kolonien der Verbraucher von Zucker, Butter, Lee und andern Nahrungsmitteln; viele der Wartenden müssen nach langem Stehen mit leeren Händen nach Haus zurückkehren. Bis vor kurzem bestand das Problem hauptsächlich in der Preissteigerung; es kam ja auch früher zuweilen eine Knappheit von Kartoffeln oder eines andern Warenartikels vor, aber sie war nur vorübergehend. Jetzt aber stehen wir vor einer allgemeinen Knappheit mancher wichtigen Nahrungsmittel, die teils durch Vernachlässigung der Landwirtschaft und schlechte Verwaltung, teils durch Mangel an Schiffsraum und durch den U-Boot-Krieg verursacht wurde. Die Knappheit wird in wachsendem Maße einen Druck auf die Bevölkerung ausüben. Wir glauben, daß England genug Weizenvorräte besitzt, um uns bis zur nächsten Ernte zu ernähren, vorausgesetzt, daß die überseeische Zufuhr nicht gänzlich abgeschnitten wird. Aber wenn andre Nahrungsmittel knapp sind, so werden die Anforderungen an die Weizenvorräte stärker sein, als vorausgesehen werden konnte. Im großen ganzen darf gesagt werden, daß wir nicht genug Nahrungsmittel besitzen, um den normalen Bedarf der Bevölkerung zu befriedigen.“

Vorläufig ist die Regierung am meisten damit beschäftigt, die Kolonien zu besetzen, denn sie sind öffentliche Armutszugnisse untrer Staatsmänner. Die glauben, wenn nur diese sichtbaren und unschönen Sym-

ptome verschwunden sind, so werden auch die Klagen über Nahrungsmittelknappheit aufhören. Wir können ihnen schon jetzt sagen, daß sie sich sehr irren.

Solange die durch den Krieg verursachte Knappheit andauert, wird die Regierung, die für hinreichende Nahrungsmittelzufuhr zu sorgen hat, die Aufgabe immer schwieriger finden, und der Argwohn und die Verzweiflung der Volksmassen werden sich fortgesetzt steigern.

Unterschied muß sein.

Die Abendausgabe der „Münchener Augsburger Abendzeitung“ vom 8. d. enthält folgende Todesanzeige:

Am 31. Januar 1918 starben in treuester Pflichterfüllung gemeinsam den Heldentod fürs Vaterland Herr Gustav G. Leutnant d. Res.

Inf. d. Pr. G. R. 2. R. u. d. Bayr. Mil.-Verb.-R. 3. R. m. Kr. u. Schw.

und Pionier Peter M. . . .

Die Kompante wird den beiden Helden allezeit ein ehrenbes und dankbares Andenken bewahren.

Im Namen einer Bayr. Pionierkompante. J. B. Brunner, Leutn. d. Res. und Komp.-Führer.

Die beiden starben „in treuester Pflichterfüllung“ gemeinsam, aber in der Anzeige wurden sie getrennt. Dem der eine ist eben nur ein „Gemeiner“, der andre ein Leutnant . . .

Notizen.

Eine ukrainische Sonderkommission in Berlin. Am Sonnabend mittag ist eine ukrainische Sonderkommission in Berlin eingetroffen, um Einzelheiten, die mit der Ausführung des in Brest-Litovsk abgeschlossenen Friedensvertrags zusammenhängen, zu regeln. Die Kommission besteht aus dem Mitglied der Zentralrada, Mykola Lewytski, der auch als ukrainischer Delegierter den Friedensvertrag mitunterzeichnet hat, ferner den Professoren Diapenko und Schafarents und dem Sekretär Fried.

Die kommenden Ministerreden. Ueber den mutmaßlichen Verlauf der am 19. beginnenden Sitzungsperiode des Reichstags erfährt der „Berl. Lokal-Anz.“ auf Grund der bisherigen Dispositionen der Reichsleitung folgendes: Am Dienstag den 19. wird im Plenum Staatssekretär Dr. v. Hülfmann bei der ersten Lesung des Friedensvertrags mit der Ukraine das Wort zu längeren Ausführungen ergreifen, nach denen dieser Gegenstand an die Kommission verwiesen werden dürfte, um am Freitag den 22. d. M. in dritter Lesung vom Plenum verabschiedet zu werden. Am Montag den 25. wird die allgemeine Aussprache beginnen, während deren nicht nur der Reichskanzler Graf Hertling, sondern auch der Vizekanzler Eggeling v. Payer das Wort ergreifen werden. Man rechnet übrigens in parlamentarischen Kreisen damit, daß eine Unterbrechung der Unabhängigen Sozialdemokraten über die jüngsten Streikvorgänge eingebracht werden wird; außerdem dürfte der Gegenstand natürlich bei der allgemeinen Aussprache erörtert werden.

Friedbergs Wiederwahl. Bei der Landtagswahl im Wahlkreis Lennep-Memicheld-Solling wurde am Sonnabend der Kandidat der vereinigten Liberalen, Staatsminister Friedberg (Berlin), mit 691 Stimmen einstimmig gewählt. Die Sozialdemokraten beteiligten sich nicht an der Wahl.

3 Jahre Zuchthaus für die Frau eines Stadtverordneten. Das Kriegszustandgericht in Elbing verurteilte die Frau des Stadtverordneten Karl Lange in Elbing wegen Beteiligung an Ausschreitungen und wegen dabei begangener schwerer Diebstähle zu drei Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust.

Kriegslieferungen. Die Kommission zur Prüfung von Verträgen über Kriegslieferungen verhandelte am 15. und 16. Februar im Reichstagsgebäude unter dem Vorsitz des Unterstaatssekretärs im Reichsamt des Innern Dr. Lewald. Es wird darüber ein offizieller Bericht verfertigt. Zunächst gelangten verschiedene Anfragen des Abgeordneten Dr. Pfleger, die sich im wesentlichen auf die Organisation der Truppen- und Materialtransporte, die Grundfrage bei deren Vergebung und die Anmietung von Schiffen (Schiffsmiet-) bezogen, durch Vertreter der Marine- und Heeresverwaltung zur Beantwortung. Sodann wurde auf eine Reihe von Fragen eingegangen, die der Abgeordnete Koste im Anschluß an die bisherigen Verhandlungen der Kommission gestellt hatte. Diese betrafen vor allem die Beschaffung von Pulver, die für Kanonen gezahlten Preise, die Nachprüfung der Selbstkosten der Lieferungsfirmen und Beschaffungen im Bereich der Heeresverwaltungen von Bayern, Sachsen und Süddeutschland. Zu den einzelnen Fragen nahmen die Vertreter der Heeresverwaltung Stellung. Der Abgeordnete Krauß berichtete sodann über die Prüfung der Verträge betreffend Pferdeankäufe, der Abgeordnete Zimmermann über die Prüfung der Verträge auf dem Gebiete des Luftschiffwesens. An der Hand eines Berichts des Abgeordneten Koste wurde endlich eingehend über Waffenbeschaffung verhandelt. Es gah hierbei vor allem die den einzelnen Firmen gezahlten Preise zu lebhafter Aussprache Anlaß.

Kraftige Arbeit. Der Bundesrat hat den Angehörigen des Transportarbeiterverbandes, jetzigen Arbeiterbeirat der Seebereitschaft, Paul Müller (Hamburg), als ständiges Mitglied in den Reichsausschuß für den Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte berufen. Das Organ des Transportarbeiterverbandes begrüßt diesen Schritt des Bundesrats um deswillen mit besonderer Freude, weil der genannte Reichsausschuß auch über die Ansprüche der Seeleute auf Beihilfe für die nach Kriegserfolge Maßnahmen vorzulegen Seemannsvereine (in Form von Vorschlägen an den Reichskanzler) zu entscheiden hat. Der Transportarbeiterverband weist bei dieser Gelegenheit auch einmal die demagogischen Vorwürfe mit aller Entschiedenheit zurück, die gegen Paul Müller aus Anlaß seiner Berufung erhoben worden sind. Wenn exkarate und gelbe Verleumder es zu hinstellen, als sei Paul Müller für das Gesetz zum Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte eingetreten, um jetzt „seinen Lohn“ dafür zu haben, so sei das unbeschreiblich erbärmlich gedacht. In Wahrheit seien alle organisierten Seeleute für die Vorklage eingetreten, weil sie nur dadurch die Lebensmöglichkeiten der deutschen Seeschiffahrt und der deutschen seemannischen Arbeiterschaft sichern zu können glaubten. Die unabhängigen Unterhaltungen, Paul Müller sei „sozialpatriotisch“, „amerikanisch“, „weberfeindlich“, begegneten sich mit den Behauptungen der Selben, er sei ein „gemeingefährlicher Streikgewerkschafter“, „Anführer“ und „anarchistischer Klassenkämpfer“. Gelbe und rote Unabhängige kämpften in brüderlicher Gemeinschaft gegen vernünftige fortschrittliche Arbeit auf dem hohen Boden der Nützlichkeit. Die organisierten Seeleute würden sich auch im Zukunft bei halten von allem Individualismus und gelben Demagogismus.

Große Kohlenföhrungen. In Ostpreußen (Regierungsbezirk Münster) sind große Kohlenföhrungen aufgedeckt worden. Mehrere hundert Waggons sollen von Bechenbeamen gegen Lebensmittel und Kleidungsstücke ausgetauscht werden sein, mit denen dann unrechtmäßig gehandelt wurde. Zahlreiche Verhaftungen sind bereits angeordnet worden.

Rücktritt des englischen Generalstabschefs. Am Sonnabend abend wurde in London bekanntgegeben, daß der Chef des Großen Generalstabs, Sir William Robertson, zurückgetreten wäre, und daß General Sir Henry Wilson ihn als Generalstabschef ersetzen werde. Der Rücktritt Robertsons ist auf gewisse Beschlüsse des Obersten Kriegsrats der Allierten zu Versailles zurückzuführen. Durch diese Beschlüsse wurden die Befugnisse des englischen Generalstabschefs erheblich eingeschränkt. Statt die Minderung seines Einflusses still hinzunehmen, hat Robertson es vorgezogen, aus seinem Amte zu scheiden.

Neuer Vorstoß im Armeekanal. Der deutsche Admiralstabschef gibt bekannt: 1. In der Nacht vom 15. zum 16. Februar haben abermals leichte deutsche Seestreitkräfte einen Streifzug in den nördlichen Teil des Armeekanal durchgeföhrt. Die bisherige umfangreiche Bewachung in der Straße von Dover-Calais und in der Linie Kap Gris Nez-Follestone war nicht mehr vorhanden. Nur vor Dover wurde ein Vorpostenposten angetroffen und durch Geschüßfeuer verfehlt. Unfre Streikräfte sind ohne Zwischenfall zurückgekehrt. 2. Am 16. Februar griffen unsere Flugzeuge in den nördlichen Hoofden englische Wasserflugzeuge an, die einen von England nach Rotterdam fahrenden Geleitzug begleiteten. Eins der Flugboote wurde durch Oberleutnant z. S. d. Res. Christiansen brennend zum Absturz gebracht.

Der Warschauer Demonstrationstreik. Der „Wostischen Zeitung“ zufolge meldet die „Warschauer Zeitung“: Zum Zeichen der Trauer und Mißbilligung über die Zuteilung des Cholmer Landes an die Ukraine haben in den Theatern und Kinos keine Vorstellungen stattgefunden. Am Donnerstag wurde versucht, dieser Stimmung noch einen sichtbaren Ausdruck zu verleihen. Im Laufe des Mittwoch war von den politischen Vereinen für die Veranstaltung eines eintägigen allgemeinen Demonstrationstreiks agitiert worden. Die Agitatoren hatten sich bemüht, nicht nur die Handarbeiter, sondern auch die Geschäftsleute für diesen Gedanken zu gewinnen und ihnen empfohlen, ihre Geschäfte am Donnerstag nicht zu öfönen. Infolge dessen hielten es viele Geschäftsinhaber infolge der auch am Donnerstag morgen fortgesetzten Agitation für zweckmäßig, von der Desöffnung ihrer Geschäfte abzusehen. Da die Führer und Schaffner der Straßenbahnwagen nicht zum Dienst erschienen waren, stand der Straßenbahnverkehr still und auch der Droßschenverkehr fiel infolge des Streikes der Droßscheneutzler aus.

Die Amerikaner auf den Azoren. Der „Commercio do Porto“ meldet unter dem 2. Februar, daß die Vereinigten Staaten von Amerika die portugiesische Regierung um die Erlaubnis ersucht haben, zur Errichtung eines Stützpunktes einige tausend Mariner auf den Azoren zu landen. Die Vereinigten Staaten, die bereits Artillerie zur Befestigung der Azoren gelandet haben, stellen auch die nötigen Flugzeuge und U-Boote für die Azoren und für Madeira zur Verfügung.

Bomben auf England.

B. L. B. Großes Hauptquartier, 17. Februar 1918. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz. Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht. In Flandern und im Artois vielfach aufleben der Feuerkampf. Zu Heiners Infanterieregimenten bei Cherisy und südlich von Marcoing wurden Gefangene eingebracht.

Seeresgruppen Deutscher Kronprinz und Herzog Albrecht. Bei Lahore und Ripont, auf dem östlichen Maasufer und im Sundgau zeitweilig erhöhte Gefechtsaktivität.

Unsre Flieger haben in der letzten Nacht London, Dover, Dünkirchen sowie feindliche Seestreitkräfte an der französischen Nordküste mit Bomben angegriffen.

Westlicher Kriegsschauplatz. Großrussische Front. Der Waffenstillstand läuft am 18. 2. 12 Uhr mittags ab. Von den andern Kriegsschauplätzen nichts Neues. Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Luftgefechte.

B. L. B. Großes Hauptquartier, 18. Februar 1918. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz. An vielen Stellen der Front lebte am Abend der Artilleriekampf auf. Die Infanterietätigkeit blieb auf Erkundungsgesefechte beschränkt. Bei Harcm Frostwetter waren die Flieger am Tag und in der Nacht sehr tätig. Militärische Anlagen hinter der feindlichen Front wurden in großem Umfang mit Bomben belegt. Ein Flugzeug griff London an.

In den beiden letzten Tagen wurden im Luftkampf und von der Erde aus 16 feindliche Flugzeuge und zwei Gefesselballe abgeschossen.

Von den andern Kriegsschauplätzen nichts Neues. Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Depeschen.

Der Propagandachef. B. L. B. London, 17. Februar. (Kontak.) Reichliche hat den Vorschlag des Direktors der Propaganda im dem feindlichen Ländern angenommen.

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 42.

Magdeburg, Dienstag den 19. Februar 1918.

29. Jahrgang.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 18. Februar 1918.

„Vom Sponzo zur Piave“.

So lautet das Thema des Lichtbildvortrags, den der Kriegsberichterstatter der „Volksstimme“, Genosse Dr. Adolf Kötter am Donnerstagabend im Saale des Cafés Hohenzollern veranstaltet. Zu diesem Vortrag stehen unsere Genossen Eintrittskarten zum ermäßigten Preise von 80 Pfennig zur Verfügung. Sie werden im Parteisekretariat, Große Münststraße 3 II, ausgegeben.

Der Arbeiter-Bildungsausschuss.

Erwachen.

Vier Uhr schlägt die Kirchturmuhr. Ich lausche. Horch! Es tröpfelt von den Alleebäumen und leckt von den Dachecken und Balkonen. Tauwind fährt von Zeit zu Zeit um die Straßenecken, als wolle er seine Kraft erst versuchen. Ich fühle mein Herz arbeiten, mein Blut rhythmisch durch die Adern treiben — ja doch! Es wird Frühling!

Was war gestern? Ich habe eine alte Tante zu Grabe geleitet. Der Kampf um die Lebensmittel, die vollständig veränderte Kost hatten ihr die tödliche Krankheit eingebracht. Der Geistliche sprach einige Liebesverse und tröstete mit dem Hinweis, daß wir auf Erden Gäste sind, daß wir uns vorbereiten sollen auf den Himmel. Und ich war unfähig, Andacht zu fühlen oder mitzubeten. Mir tönten knirschend die Worte von Arnobius im Ohr:

Drum Prolet, wenn dich hungert,
wenn dein Bauch nach Futter lungert,
so trepier frisch, fromm, froh, frank:
„Es ist ja nur ein Uebergang!“

Es war gut, daß alles kurz abging. Wir hatten nasse Füße bis an die Knie und stapften trübfinnig durch die stillen Pfützen. Warm und still war die Luft. Daheim legte ich mich gleich mit meinem Kinde schlafen, denn das Gaslicht dämmerte wieder mal wie eine Nachtlampe.

Fern raffelt ein Frühzug und irgendwo schlägt eine Haustür krachend zu. Es schlägt fünf. Ich ziehe die Vorhänge auf und öffne das Fenster und schlüpfte schnell unter die Decke zurück und warte. Da klettert mein Lächelchen glücklich zu mir. Welche Freude, daß sie mit Mutter sprechen kann, ehe sie fortlaufen muß zur Arbeit! Mein Kind schläft jeden Abend mit dem festen Vorsatz ein, recht früh aufzustehen. Jetzt schmiegt es sich, halb schlummert, an mich, fährt aber geschwind wieder hoch. „Kikeriki i!“ und noch einmal: „Kikeriki i!“ klingt es durch die dunkle Stille drüben. Dann legt es den Kopf mit dem weichen Blondhaar an meine Wange und flüstert, etwas erhaben über so viel menschlichen Irrtum: „Die glauben gewiß, daß der Hahn Eier legt, sonst hätten sie ihn schon geschlachtet!“

Einige Fenster werden hell. Verwirrenes Geräusch von fernem Schritten schallt herauf. Um diese Zeit kamen sonst — vor Jahren — die warmen Rundstücke und die frische Milch. Jetzt wärmt man eilig eine dünne Kaffeesuppe und ist eine genau abgegriffene Scheibe Brot dazu. Ich sehe, wie Frauen und Männer aus Türen und dunkeln Gängen herauströten, Effentöpfe in den Händen. Sie hängen müde die Köpfe und treten unsicher und schwerfällig durch die dunkeln, schauigen Straßen. Fühlen sie nichts, denken sie nichts? Heftiger stößt der Wind um die Ecke.

Ja, ihre schmerzvollen Gedanken gieren an dem schwarzen Vorhang, der die Zukunft verbirgt. Werden sie zurückfinden, unsre Vermissten, können sie genesen, alle die Wunden, wer kann sie ersehen, alle die Gefallenen? Ist die Erschaltung uners Da-seins, dieses armseligen, solche Opfer wert? Mühte es sein, und noch immer — — —

Ich schaue hinunter wie in einen schwarz gähnenden Schlund. Immer mehr ziehen hinaus. Dunkel und schwer, in einem unbewußten Rast wanden sie hin, wie ein großer Leichenzug. Wollen sie den Tag begraben, ehe er aufsteht? Aufgeregt, in wuchtigen Stößen fährt ihnen der Hohn in den Rücken, als wolle er sie vorwärts zwingen. Die Bäume wollen sich neigen, winken aber nur widerwillig mit den lahlen Ästen. Nicht schandert und ich schließe das Fenster. Aber ich werde die Straphen nicht los: Einft bricht der Strom das morsche Eis, dann steigen die Opfer empör vom Grund: Die Gelden alle, die niemand weiß! Und jedes Loten vermoderter Mund wie schreitend nach Rache bleden — und tauend Lebendige weden.

— Schnell — schnell! Essen für mein Schalmödel hingestellt, ein hastiger Abschied: und dann trotz auch ich in das wirbelnde Arbeitsleben der Großstadt.

Und trage wie schwere Mutterlast in mir das Pangen vor dem kommenden Sturm und die Gewißheit des endlichen Frühling.

**** Fleischkarten abholen.** Sämtliche Haushaltungen Magdeburgs, die bisher bei einer amtlichen Fleischverteilung in die Lebensmittelkarten (einschließlich der Selbstversorgung, deren Fleischkarten zum Kauf frisches Fleisch belassen sind) sind verpflichtet, am Sonntag den 24., Montag den 25., Dienstag den 26. Februar die ihnen zuzuschickenden Fleischkarten bei der betreffenden Fleischverteilung abzuholen, und zwar am Sonntag den 24. Februar Gruppe 1 in der Zeit von 11 bis 1 Uhr, am Montag den 25. Februar Gruppe 2 in der Zeit von 9 bis 1 Uhr, am Dienstag den 26. Februar Gruppe 3 in der Zeit von 9 bis 1 Uhr. Bei der Abholung der Fleischkarten sind vorzulegen: 1. der Bescheinigungsschein, 2. die alten Fleischkarten für Dezember, Januar und Februar. Sollte die Abholung einzelner Fleischkarten in den angegebenen Zeiten nicht erfolgt sein, so können die Karten am Mittwoch den 27. Februar in der Zeit von 3 bis 5 Uhr ebenfalls bei der zuständigen amtlichen Fleischverteilung noch abgeholt werden.

**** Freibank.** In der Freibank (Schlachthof) wird auf folgende Nummern Fleisch verabsolgt: Montag den 18. Februar vorm. 355 bis 395, nachm. 399 bis 412, Dienstag den 19. Februar vorm. 413 bis 426, nachm. 427 bis 440. Schließzeit vormittags 9 bis 11, nachmittags 3 bis 5 Uhr.

Die 4. Sitzung der Stadtverordneten findet am Donnerstag den 21. Februar, nötigenfalls mit Fortsetzung am Freitag den 22. Februar, jedesmal nachmittags 4 1/4 Uhr im Altkämmerer-Magazin statt. Die Tagesordnung umfaßt nur zwei Punkte: Beschlußfassung über die Erziehung zur Stadtverordneten-Versammlung an Stelle des vor Ablauf seiner Wahlzeit ausgeschiedenen Herrn Start und die Fortsetzung der Debatte über Neuregelung der Müllabfuhr. Hierzu liegen folgende Eingaben vor: a) des Aktionärs Leo Schäfer hier vom 30. Januar d. J. betreffend Erhebung der Kosten der Müllabfuhr unter entsprechender Zugrundelegung der für die Veranlagung zur Kanalgebühre bestehenden Grundsätze; b) des Meier-Bau- und Sparvereins e. V. m. b. H. hier vom 14. Februar d. J. enthaltend Bedenken gegen die geplante Regelung der Müll- und Abwasserabfuhr; c) des Bundes deutscher Reformier hier, enthaltend das Ersuchen, hochwichtige Vorlagen wie die Müllabfuhr, mehrere Wochen vor der entscheidenden Beschlußfassung der öffentlichen Besprechung zugänglich zu machen und Stellungnahme gegen die geplante Regelung der Müllabfuhr.

Die Gold- und Silberankaufsstelle schreibt uns: Auf vielfache Anfragen teilen wir mit, daß an der Verlorenung, die wir anlässlich der Goldwoche vornahmen, sämtliche Einlieferer von Goldschmuck während der Goldwoche teilnehmen, ohne Rücksicht auf die Höhe der Einlieferung. Die Gewinne bleiben bis zum Ablauf der Goldwoche bei der Firma H. Gsders u. Co., Breiter Weg 43/47 ausgestellt. Silber-einlieferungen nehmen, wie wir nochmals ausdrücklich bemerken, nicht an der Verlorenung teil.

**** Milchversorgung der Kinder.** Der Magistrat schreibt: Die Versorgung der Kinder bis zu 2 Jahren mit guter Milch soll unter allen Umständen gesichert werden. Soweit die Kinder die Milch erhalten von Magdeburger Kuhhaltern oder sonstigen Gändlern, verbleibt es bei dem bisherigen Verfahren. Soweit die Kinder jedoch eingetragen sind bei der Magdeburger Molkerei, steht ihnen auf Verlangen unter allen Umständen ein Anspruch auf Lieferung von Flaschenmilch zu. Den Kindern wird daher insoweit ein Vorzugrecht eingeräumt.

Was bei den amtlichen Verteilungstellen hängenbleibt. Wie die zu verteilenden Waren mitunter schon bei den amtlichen Verteilungstellen „hängenbleiben“, zeigte sich in einer Verhandlung vor der 2. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts. Der dort als Kläger auftretende Expedient Karnath hatte von der Fischverteilungsgesellschaft Groß-Berlin, der amtlichen Fischverteilung für Berlin und die Vororte, seine sofortige Entlassung erhalten, weil er dabei abgesetzt wurde, wie er sieben Kisten mit Delfarinen im Gesamtwert von 11 000 Mark für sich verschwinden lassen wollte. Der seine sofortige Entlassung anstrebende Kläger gibt die Verschönerung der Delfarinen an, er behauptet nur, das andre Personal solle auch Anteil daran haben. Es sei dies auch mit Wissen des betreffenden Großhändlers geschehen, der dafür bei einer anderen Gelegenheit belästert wurde, wenn die Ware zur Verteilung auf alle elf zugelassenen Großfirmen nicht ausreichte. Auch der Abteilungsleiter habe davon gewußt. Es sind mindestens eigenartige Verhältnisse, die durch diese Verhandlung vor dem Berliner Kaufmannsgericht aufgedeckt worden sind. Sicherlich steht dieser Fall nicht vereinzelt da. Bei solcher Verteilungsmethode ist es kein Wunder, wenn im legalen Handel Fischkonterband nicht zu haben sind.

Die Bezugsfreiheit für Papiergarn. Auf Grund einer Bekanntmachung vom 16. Februar sind nunmehr auch alle Web-, Wirk- und Strickwaren wie aus Papiergarn gefertigte Erzeugnisse zu deren Herstellung ausschließlich Papiergarn verwendet wird, nunmehr ohne Bezugsbescheinigung erhältlich.

Verband der unteren Post- und Telegraphenbeamten. Die hiesige Ortsgruppe des Verbandes der unteren Post- und Telegraphenbeamten hielt am Sonntag nachmittag im „Monopol“ eine gut besuchte Generalversammlung ab. Nach dem Jahres- und Kassensbericht derung die Mitgliedszahl am Jahresabschluss 816, die der Winnen 59. Nachdem die Wahl der Vertreter zum Bezirkskongress vollzogen war, wurden mehrere Anträge zum Bezirkskongress beraten, die ebenso wie eine Willensänderung an den Verbandsvorstand einstimmige Annahme fanden. Im weiteren Verlauf fanden noch Besprechungen über den neuen Mietkontrakt, die Kartoffelversorgung und Änderungen in der Postrentenkasse statt.

Rübenstahl im Abortraum! Ein Schleichhändler in T h a l e hatte einen Koffer Rübenstahl den er vor einiger Zeit für 90 Pf. das Pfund erworben hatte, für 2 Mark nach Berlin verkauft. Die Halberstädter Gewerkepolizei hatte je. od. Kenntnis von dem Transport erhalten. Da ihr der Mann mit dem Sack auf dem dortigen Bahnhof entwischt war, benachrichtigte sie die Magdeburger Polizei. Auf dem hiesigen Hauptbahnhof wurde denn auch tatsächlich der Schleichhändler angetroffen. Drei Casseimer hatte er bei sich, die andern vier im Abortraum versteckt. Die süße Frucht wurde beschlagnahmt.

Kellerbrand. Am Sonntag nachmittag gegen 5 1/4 Uhr wurde ein auf dem Grundstück Weisgerberstraße 1 entstandener kleiner Kellerbrand gelöscht.

Gestohlen wurden in den letzten Tagen aus einem Raum an der Herrentur-Schauise ein Sprechapparat vom Fernsprecher, in der Nacht zum 13. d. M. aus einem Grundstück in der Ländchen Straße zwei Rollen Drahtseilseil; in der Nacht zum 15. aus einem Fabrikraum in der Siederstraße zwei Treibriemen, 7,35 und 5,50 Meter lang, 80 und 60 Millimeter breit; am 15. aus einer Wohnung in der Helmstedter Straße eine goldene Damen-Remontuhr nebst langer goldener Kette; aus einer Wohnung in der Hoyerstraße eine silberne Damen-Remontuhr mit Goldband; aus einer Wohnung in der Siederstraße ein schwarzer Damennmantel, ein schwarzer Türtuch und eine silberne Damen-Remontuhr nebst langer goldener Kette; in der Nacht zum 16. aus Ställen verschiedener Gartenparzellen ein Hähner und 19 Kanarienvögel; am 16. nachmittags an der Siederstraße ein Paar Hühner, ein Paar aus der Handlung zwei schwarze Geldbörsen mit etwa 80 Mark und einem goldenen Dauring; in der Nacht zum 17. aus einem Stall in der Halberstädter Straße 24 Hühner; aus einem Landbesitz auf dem Tränberg sechs Paar verschiedenfarbige Lauben.

Wem gehören die Kleidungsstücke? Bei dem am 12. d. M. vor dem Hauptbahnhof mit einem schweren Reißkorb festgenommenen Handelsmann Behrens sind eine größere Menge hier gestohlener Kleidungsstücke vorgefunden worden. Noch nicht unterzubringen gemessen sind nachstehend verzeichnete Stücke, die zweifellos auch aus Diebstählen herrühren: Ein schwarzes Burgen-Jackett mit überhohlenen Knöpfen und schwarzem Futter, eine dazugehörige Weste mit hell gezeichnetem Futter, eine dunkle Hoje mit punktierten Langstreifen (die Sachen sind fast neu), ein dunkelgrüner weiß punktierter und farbiger Jacketanzug, die Hosenstücke tragen die Bezeichnung „Schwarz Groß Magdeburg“, ein schwarzer Winterüberzieher mit Samtkragen, dunkeln, weiß und blau gestreiftes Futter, die Taschen aus gelbem Wollstoff, 1 Paar große gelbe Herrenschürzen, die Strümpfen tragen die Bezeichnung „System Handarbeit“, 1 Paar Schapstiefel, die mit Ziegenleder bezogen sind, 4 Paar neue wolken beige braune Herrenstrümpfe, ein grauer Schal mit Franzen und eine braune wolken Utzerjacke. Die Eigentümer werden ersucht, sich umgehend bei der Kriminalpolizei zu melden.

In Haft genommen wurden ein Bodenmeister und ein Kutscher, die seit längerer Zeit ihrem Arbeitgeber hier fortgesetzt zusammen etwa 40 Zentner Weizenmehl gestohlen haben, sowie zwei Arbeitsburichen von hier wegen Erpressung. Diese hatten zu einer Frau Mehl von dem gestohlenen gebracht und sich am 14. unter der Drohung, sie anzeigen zu wollen, wenn sie nicht 100 Mark zahle, den Betrag geben lassen. Ferner wurden ein Fleischer festgenommen, der auf dem hiesigen Schlachthof beschäftigt war und dort eine größere Menge Klippfische gestohlen hat, und ein Kellnerlehrling, der am 14. d. M. dem Oberkellner 50 Mark gestohlen und seine Lehre heimlich verlassen hat.

Ein Heiratschwindler als Offiziersstellvertreter. Am 10. d. M. hat ein junges Mädchen von auswärtig bei einer hiesigen Heiratsvermittlerin den angeblichen Offiziersstellvertreter Kurt König, der die Uniform vom Infanterie-Regiment Nr. 78 getragen hat und in Halberstadt dienen wollte, kennengelernt. Als dasselbe Mädchen an demselben Tage nach ihrem Wohnort zurückkehren wollte, stieß der angebliche König in Budau gleichfalls in ihr Wagenabteil, wo sie sich vom Heiraten unterhielten. Beide fuhren nun zu ihren Eltern, wo sie sich am andern Tage verlobten. Er ließ sich von letzteren 1200 Mark geben, um den Betrag beim Truppenteil als Kaution zu hinterlegen. Am 15. d. M. sind beide nach hier zurückgekehrt und haben in zwei verschiedenen Hotels logiert. Am andern Morgen wollte König seine Braut aus dem Hotel abholen, mer aber nicht kam, war der Brautigam, Wohl aber kam ein Brief, daß er zu seinem Truppenteil zurückberufen sei. Das Mädchen ist sofort nach Halberstadt gefahren, hat dort aber festgestellt, daß ein Offiziersstellvertreter König dort nicht dient.

Großfeuer. In der verflohenen Nacht entstand in den Dachgeschossen des Seiten- und Hintergebäudes Annastraße 4 wiederum ein größeres Schadenfeuer. Beim Eintreffen des um 12 Uhr 38 Minuten vom Feuermelder Große Diederichsstraße alarmierten Lözugs der Hauptfeuerwache fand ein großer Teil des Seitenflügels und das ganze Hintergebäude vollständig in Flammen. Nachdem auf den beiden vorhandenen Treppen je eine und von dem Dach des Nachbargrundstücks noch eine dritte Schlauchlinie vorgenommen war, konnte das Feuer mit gutem Erfolg bekämpft werden und gelang es, dasselbe bald zu löschen und auf die vorgefundene Ausdehnung zu beschränken. Der Inhalt einer großen Anzahl der Bodenkammern wurde vernichtet. Die Aufräumungsarbeiten, an welchen sich auch die Löschzüge der Feuerwachen Sudenburg und Budau beteiligten, währten bis gegen 3 1/2 Uhr. Die Ursache ließ sich nicht ermitteln.

Straßenunfall. Am Montag vormittag kam der Bitterberger Straße Nr. 26 wohnhafte Hilfsbeamte Emil J. auf dem Alten Markt infolge Ausgleitens zu Falle und zog sich einen erst kürzlich gestellten Bruch des rechten Unterarmgelenks zu. Der Verunfallte wurde nach dem althäuslichen Krankengauze gebracht.

Theater, Konzerte etc.

Besprechungen.

Stadtheater. Ernst v. Pöschel gastierte am Sonntagabend im Festsaal „Nathan der Weise“ in der Tulerolle. Zugleich war das Ereignis als Abschiedsvorstellung gedacht. Daß Pöschel gerade in dieser Rolle Abschied nimmt, seit einer Reihe von Jahren Abschied nimmt, wird man verstehen können, wenn man erwidert, daß Leistung mit seinen Forderungen an die Darstellungsform dem Ideal und den Zielen Pöschelscher Kunst entspricht und Pöschel sich anscheinend nirgendwo so wohl und sicher fühlt als bei seinem Festspiel, von dessen geistesverwandten Bühnendichtern. Daß Pöschel etwas Ganzes geben würde, war vorauszufragen; er ließ auch diesmal den weisen Nathan sprechen, der in bewußter Strenge des Herzens — sonst wäre er nicht weise — denkt und handelt. Die Darstellung unterleitet der Kritik nicht mehr. Man begründete und feierte den Gast nach Gebühr, der Abschied wurde zur herzlichen Guldigung für den Scheidenden. Die Besetzung der andern Rollen hat schon in der Dezember-Besprechung eine Würdigung erfahren. Im allgemeinen würde das Urteil heute ebenso lauten.

Mitteilungen der Direktionen.

Stadtheater. Heute Dienstag: „Die verkaufte Braut“. Mittwoch: „Meine Frau, die Postkapitlerin“. Donnerstag: „Lumpen“. Freitag: „Jugend“, hierauf: „Sommernachtsputz“. Sonnabend: „Hamlet“. Sonntag: „Die toten Augen“.

Das Eisene Kreuz.

Aus unserm Leserkreis erhielten ferner das Eisene Kreuz: Häfiker Fritz Köppe aus Magdeburg. Seesoldat Richard Friede aus Magdeburg-Budan. Häfiker Erich Salewski aus Magdeburg, Mitglied des Transportarbeiterverbandes. Fahrer Willi Kühmann. Gefreiter Max Rabuska aus Magdeburg, Mitglied des Buchdruckerverbandes. Bizefeldwebel Adolf Gieslik aus Magdeburg-Budan erhielt das Eisene Kreuz 1. Klasse. Schütze Paul Kirchner aus Magdeburg, Mitglied des Transportarbeiterverbandes. Unteroffizier Gustav Jenker, Kellner, aus Magdeburg. Häfiker Artur Lemme. Lionier Paul Richter, Kaufmann. Gefreiter Otto Polte aus Magdeburg-Cracan, Mitglied des Bundes der Bureauangestellten. Armierungssoldat Otto Konradi aus Magdeburg. Artur Güncke aus Burg, Mitglied des Holzarbeiterverbandes und der Freien Zunfterschaft. Kunstler Willi Albrecht aus Magdeburg, Mitglied des Metallarbeiterverbandes. Robert Schulze. Krankenträger Hermann Wehlhase, Mitglied des Buchdruckerverbandes. Aus Wolmirsteden: Unteroffizier Bernegrop. Gefreiter Otto Bernegrop. Wehrmann Hermann Hiesl. Gefreiter Albert Döring. Bizefeldwebel Albert Döring erhielt das Eisene Kreuz 1. und 2. Klasse. Gefreiter Franz Weiler, Eiserne Kreuz und Braunschweigisches Verdienstkreuz. Kunstler Walter Faust, Unteroffizier Heinrich Reiter. Gefreiter Stefan Schierhorn. Bizefeldwebel Wilhelm Helmstedt. Unteroffizier Karl Behr. Schütze Willi Brodt erhielt den bulgarischen Tapferkeitsorden.

Verkaufstest du schon deinen Goldschmuck oder deine Juwelen dem Vaterland?

Setz ist die Goldwoche, denke daran!

Gold- und Silberankaufsstelle, Große Münststraße 6, I, verlässig geöffnet von 10 bis 12 1/2 Uhr, und bekannte Goldschmuckben ganzen Tag geöffnet.

